

II-2836 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1403/1

1977 -10- 18

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Heinz Fischer, Dallinger  
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend die neuerliche Auslösung einer unwahren und wirtschafts-  
schädigenden Gerüchtewelle durch eine steirische ÖVP-Zeitung.

Am 24. September 1977 erschien in der ÖVP Zeitung "Neues Volksblatt"  
ein Artikel, der mit folgenden Worten begann: "Gestern hörte man, dass  
der Schilling abgewertet werden soll. Die Tat werde am Montag Früh  
vollzogen werden und der Abwertungssatz sei 15 %".

Dieser unwahre und unverantwortliche Zeitungsbericht und eine weitere  
Meldung, die in großer Aufmachung am 28. September in einer Wiener  
Tageszeitung erschien und eine 5 %ige Abwertung des Schillings ankündigte,  
hat zu einem Devisenabfluss in der Höhe von mehreren Milliarden Schilling  
geführt und damit großen wirtschaftlichen Schaden verursacht.

In der Nationalratssitzung vom 5. Oktober, als diese Sachverhalte zur  
Sprache kamen, versuchte die ÖVP die Verantwortung für diese Gerüchtemacherei  
von sich zu schieben.

Nicht einmal zwei Wochen später, nämlich am 15. Oktober 1977, sind nun  
in einer steirischen ÖVP-Zeitung neuerlich unwahre Gerüchte in Umlauf ge-  
setzt worden, die es nicht mehr erlauben, bloß an Zufall oder journalistische  
Ungeschicklichkeit zu glauben.

Die "Südosst - Tagespost" vom Samstag, den 15. Oktober 1977 schreibt in grosser Aufmachung auf S. 1 folgendes: "Alle Bankkonten, die über höhere Einlagen als 50.000 Schilling verfügen, sollen ab Montag offengelegt und zur Steuerkasse gerufen werden. Diese Gerüchtewelle hat in Wien einen Sturm auf die Banken ausgelöst. Man verteilte die Kontengelder oder brachte sie heim in den guten alten Sparstrumpf. Banken und Sparkassen mussten sogar vorübergehend sperren, um Geldnachschub zu besorgen, der angeblich auf Betreiben von Nationalbank-Generaldirektor Kienzl eingestellt wurde. Neben hartnäckigen Raunen über eine bevorstehende Abwertung wirkt sich auch die Ankündigung von CA-Generaldirektor Treichl aus, dass die Privatkredite teurer werden sollen. Insgesamt soll heuer bereits um 10 Milliarden weniger gespart worden sein."

Diese unwahre Meldung, über deren Tragweite sich die Initiatoren zweifellos im klaren sind, kann nur als weiterer Bestandteil einer gezielten Kampagne gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verstanden werden, wobei schädigende Wirkungen für die Menschen und die Wirtschaft dieses Landes von den Initiatoren bewusst in Kauf genommen werden.

Da der Nationalrat, der derzeit mit der Beratung eines Paketes von Gesetzesvorschlägen zur Verbesserung der österreichischen Zahlungsbilanz befasst ist, an solchen gezielten Versuchen der Verunsicherung, der Gerüchtemacherei und der Schädigung unserer Wirtschaft nicht vorübergehen kann, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

**A n f r a g e n :**

- 3 -

- 1) Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um dieser verantwortungslosen Gerüchtemacherei und den durch sie bewirkten Folgen für die Sparer den Kreditapparat und die Währung wirksam entgegenzutreten ?
  
- 2) Lassen sich die Folgen des Volksblattberichtes vom 24. September 1977 und des Berichtes der Südost-Tagespost vom 15. Oktober ziffernmäßig quantifizieren ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.